

**betreffend die Änderung des Spitalgesetzes (Umsetzung der Motion 2019/9  
«Mehr Flexibilität in der Lohnpolitik für die Spitäler Schaffhausen»)**vom 26. März 2026

---

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Gesundheitskommission hat die Vorlage des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen betreffend Änderung des Spitalgesetzes (Umsetzung der Motion «Mehr Flexibilität in der Lohnpolitik für die Spitäler Schaffhausen») erstmals an ihrer Sitzung vom 25. November 2024 beraten. Nach umfassender Überarbeitung der Vorlage durch das Departement des Innern wurden die Beratungen an den Sitzungen vom 15. Januar 2026 und vom 26. März 2026 weitergeführt und abgeschlossen. Die Vorlage wurde durch den zuständigen Regierungsrat Marcel Montanari (DI), sowie Anna Mariconda, Leiterin Rechtsdienst DI, vertreten. Seitens der Spitäler Schaffhausen nahmen Raymond Cron, Spitalratspräsident, und Andreas Gattiker, CEO, an den Beratungen teil. Für die Administration und Protokollierung war Simone Schoch verantwortlich.

**1. Ausgangslage & Eintreten**

Am 29. Juni 2020 erklärte der Schaffhauser Kantonsrat die Motion Nr. 2019/9 von Christian Heydecker betreffend «Mehr Flexibilität in der Lohnpolitik für die Spitäler Schaffhausen» mit 31 : 24 Stimmen als erheblich. Das aktuelle Spitalgesetz sieht in Art. 17 Abs. 2 vor, dass für das Spitalpersonal, mit Ausnahme der vom Spitalrat angestellten Ärzteschaft, die Bestimmungen des kantonalen Personalrechtes gelten. Somit kommt für die nicht vom Spitalrat angestellte Kader- und Ärzteschaft das kantonale Lohnsystem zur Anwendung. Der Motionär begründete seine Motion damit, dass sich die aktuelle Regelung für die Spitäler als nicht sachgerecht erwiesen hätte und für den Standortwettbewerb mit anderen Spitälern hinderlich sei. Zudem wird moniert, dass die vom Kantonsrat jährlich verabschiedete Lohnsummenentwicklung von den Spitälern ohne langfristige Gegenfinanzierung übernommen werden muss.

Die Spitäler Schaffhausen sind eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons Schaffhausen und gehören mit über 1'700 Mitarbeitenden und einem Umsatz von rund 240 Millionen Franken zu den grössten Unternehmen im Kanton Schaffhausen. Sie stellen mit insgesamt 346 Betten in den Bereichen Akutsomatik, Akutpsychiatrie, Langzeitpflege Psychiatrie, Langzeitpflege Somatik und Rehabilitation die Gesundheitsversorgung im Kanton sicher. Über 96'000 ambulante Behandlungen und rund 12'000 stationäre Austritte machen sie zu einem systemrelevanten

Akteur. Zudem sind die Spitäler der grösste Ausbildungsbetrieb für Berufe im Gesundheitswesen. Um dieser Verantwortung und ihrem Leistungsvertrag gerecht zu werden, sind sie auf moderne und konkurrenzfähige Arbeitsmodelle und Lohnsysteme angewiesen, wobei das Wohl der Mitarbeitenden sichergestellt sein muss. Gleichzeitig sind damit die angedachten Änderungen in der Lohn- und Personalpolitik der Spitäler Schaffhausen von grosser Tragweite.

Zur Umsetzung der Motion verabschiedete der Regierungsrat im Oktober 2024 den Bericht und Antrag betreffend die Änderung des Spitalgesetzes (Umsetzung der Motion «Mehr Flexibilität in der Lohnpolitik für die Spitäler Schaffhausen»). Die darin vorgesehene Änderung des Spitalgesetzes sah ein spitaleigenes öffentlich-rechtliches Personalreglement der Spitäler Schaffhausen vor. Dabei sollten für das Personal der Spitäler Schaffhausen weiterhin die Bestimmungen des kantonalen Personalrechts gelten, mit Ausnahme von Art. 19 Abs. 2 bis 4 des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz), welche die Bestimmungen zum Lohnsystem enthalten.

An ihrer Sitzung vom 25. November 2024 hat die Gesundheitskommission die erwähnte Vorlage erstmalig beraten. **Eintreten war dabei unbestritten und wurde ohne Gegenstimme beschlossen.** Die Kommission sah die heutige Regelung für die Spitäler Schaffhausen als ungeeignet an und befürwortete eine Flexibilisierung der Lohnpolitik bzw. der arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen. Jedoch wurde die beantragte Änderung des Spitalgesetzes kritisch gewürdigt. Die Kommission war sich einig, dass die angestrebte Flexibilisierung nicht zu einer Verschlechterung der aktuellen Arbeitsverhältnisse führen darf. Zudem wurden fehlende Rahmenbestimmungen im Vorschlag des Regierungsrates vorgebracht. In Folge dieser Debatte beauftragte die Gesundheitskommission das Departement des Innern einstimmig damit, zwei neue Gesetzesänderungen auszuarbeiten; öffentlich-rechtliche Arbeitsverhältnisse mit Gesamtarbeitsvertrag sowie privatrechtliche Arbeitsverhältnisse mit Gesamtarbeitsvertrag. In der Umsetzung der Motion durch eine Gesamtarbeitsvertrags-Pflicht und eine damit vollständige Ausgliederung aus dem kantonalen Personalrecht, sah die Kommission mehr Flexibilität für die Spitäler Schaffhausen und gleichzeitig eine bessere Vertretung der Arbeitnehmerschaft in der Lohnpolitik des Unternehmens sowie die Möglichkeit für gezielte Schutzmechanismen, mit welchen die Arbeitsplatzsicherheit und die Arbeitsbedingungen verbessert werden können.

Bis Ende November 2025 wurden umfassende Abklärungen zwischen dem DI und den Spitälern Schaffhausen durchgeführt. Zudem beauftragten die Spitälern Schaffhausen eine Anwaltskanzlei, verschiedene Varianten der arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen zu prüfen. Auf der Grundlage dieser Abklärungen wurde der Gesundheitskommission eine Variantenauswahl zum Grundsatzentscheid über die Gesetzesänderung vorgelegt. Folgende drei Varianten

standen zur Diskussion: Öffentlich-rechtliche Arbeitsverhältnisse mit GAV (Variante 1), privatrechtliche Arbeitsverhältnisse mit GAV (Variante 2) sowie öffentlich-rechtliche Arbeitsverhältnisse mit spitaleigenem Personalreglement (Variante 3). An ihrer Sitzung vom 15. Januar 2026 diskutierte die Gesundheitskommission die verschiedenen Varianten. Die Kommissionsmitglieder waren sich einig, dass Variante 3 nur wenig Verbesserungen mit sich bringen würde und zudem dadurch gefährdet wäre, dass möglicherweise im Rahmen der Umsetzung der Pflegeinitiative eine GAV-Pflicht für das Pflegepersonal eingeführt wird. Eine Kommissionsminderheit sah die beste Lösung in Variante 1. Dabei wurde argumentiert, dass damit die Schutzmechanismen des öffentlichen Rechts bestehen blieben und gleichzeitig den Spitälern Schaffhausen mehr Flexibilität gewährt würde. Eine Kommissionsmehrheit, wie auch der Regierungsrat und der Spitalrat, bevorzugte die Variante 2. Sie argumentierten, dass diese Variante das gewünschte Mass an Flexibilität biete, um auf die Herausforderungen im angespannten Arbeitsmarkt des Gesundheitswesens agil reagieren zu können. Gleichzeitig können im Rahmen des abzuschliessenden Gesamtarbeitsvertrages die Schutzbedürfnisse der Mitarbeitenden sichergestellt werden.

In Folge der Diskussion einigte sich die Gesundheitskommission darauf, dass die Variante 2 «privatrechtliche Arbeitsverhältnisse mit GAV» weiterzuverfolgen, wobei *gewisse Mindestanforderungen an den GAV (z.B. Kündigungsschutz) im Gesetz festzuhalten seien*.

Mit der Umstellung auf privatrechtliche Arbeitsverhältnisse mit GAV und gesetzlichen Mindestanforderungen gewinnen die Spitäler Schaffhausen an Flexibilität bei der Gestaltung von Lohn-, Arbeitszeit- und Arbeitsmodellen. Gleichzeitig können die Schutz- und Mitbestimmungsmechanismen für das Personal sichergestellt werden. Zudem wird damit sowohl für die Spitäler Schaffhausen als auch für deren Belegschaft Klarheit über das auf das Arbeitsverhältnis anwendbare Recht geschaffen.

Den finalen Entwurf für die Änderung des Spitalgesetzes hat die Gesundheitskommission an ihrer Sitzung vom 26. März 2026 diskutiert und verabschiedet. Der Entwurf der Gesetzesänderung, der eine Ausgliederung der Spitäler Schaffhausen aus dem kantonalen Personalgesetz sowie eine Pflicht zum Abschluss eines Gesamtarbeitsvertrages auf Grundlage des Obligationenrechts vorsieht, wurde von der Kommission grundsätzlich positiv gewürdigt. Einzelne Diskussionspunkte und Änderungen werden im nachfolgenden Kapitel ausgeführt.

## **2. Detailberatung**

Die aktuelle Version des Spitalgesetzes sieht in Art. 12 Abs. 1 lit. j) Rahmenvorgaben des Regierungsrates für die Besoldung des vom Spitalrat angestellten Kaderpersonals sowie für die Honorierung der Ärzteschaft vor. Der vom Departement des Innern vorgelegte Entwurf will die Kompetenz zur Besoldung dieser Personalgruppe vollständig dem Spitalrat zuweisen. In

der Kommission wurde diskutiert, diese Bestimmung des aktuellen Spitalgesetzes beizubehalten. Dies aus Gründen der politischen Kontrolle als Eigner und zur Verhinderung von Lohnexzessen im Spitalkader. Die Kommission einigte sich jedoch unter Berücksichtigung nachfolgender Änderungen in Art. 14 des Spitalgesetzes, auf die vorgesehene Streichung von Art. 12 Abs. 1 lit. j).

| Entwurf DI (= Ausgangslage Synopse)                                                                                                     | Änderungen Gesundheitskommission      |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------|
| <b>Art. 12 Abs. 1</b><br><sup>1</sup> Dem Regierungsrat obliegen folgende Aufgaben:<br><br>h) <i>Aufgehoben</i><br>j) <i>Aufgehoben</i> | <b>Art. 12 Abs. 1</b><br><i>Keine</i> |

In Art. 14 Abs. 3 wurden Änderungen zur Konkretisierung der GAV-Pflicht und der Verhandlungsteilnehmer diskutiert:

| Entwurf DI (= Ausgangslage Synopse)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | Änderungen Gesundheitskommission                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Art. 14 Abs. 3 (Zuständigkeiten des Spitalrats)</b><br><sup>3</sup> Im Weiteren ist er zuständig für:<br><br>e) (geändert) die Anstellung und Entlassung von CEO, Mitgliedern der Geschäftsleitung sowie Chefärztinnen und Chefärzte<br><br>f) <i>Aufgehoben.</i><br><br>l) (geändert) den Erlass sämtlicher arbeitsrechtlicher Grundlagen<br><br>n) (neu) den Erlass eines Lohnsystems für die Mitarbeitenden und die Festlegung der Entschädigung für CEO, Mitglieder der Geschäftsleitung sowie Chefärztinnen und Chefärzte<br><br>o) (neu) die Verhandlung, den Abschluss bzw. den Erlass eines allfälligen (Betriebs-) Gesamtarbeitsvertrags | <b>Art. 14 Abs. 3 (Zuständigkeiten des Spitalrats)</b><br><sup>3</sup> Im Weiteren ist er zuständig für:<br><br>e) (geändert) die Anstellung und Entlassung von CEO, Mitgliedern der Geschäftsleitung sowie Chefärztinnen und Chefärzte<br><br>f) <i>Aufgehoben.</i><br><br>l) (geändert) den Erlass sämtlicher arbeitsrechtlicher Grundlagen <b>sowie den Abschluss bzw. den Erlass eines Gesamtarbeitsvertrages in Verhandlung mit den Sozialpartnern und der Personalkommission</b><br><br>n) (neu) den Erlass eines Lohnsystems für die <b>dem Gesamtarbeitsvertrag unterstellten Mitarbeitenden auf Basis eines Gesamtarbeitsvertrages</b><br><br>o) (neu) <b>den Erlass eines Lohnsystems</b> bzw. die Festlegung der Entschädigung für CEO, Mitglieder der Geschäftsleitung sowie Chefärztinnen und Chefärzte |

**Diese Änderungen wurden von der Gesundheitskommission einstimmig verabschiedet.**

Art. 17 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3 regeln die Grundsätze der arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen zwischen den Spitaler Schaffhausen und deren Mitarbeitenden. In Abs. 1 wurde von

einem Kommissionsmitglied gewünscht, dass die Arbeitsverhältnisse *mehrheitlich* nach den Bestimmungen des Obligationenrechts geregelt werden, um eindeutiger zu gewährleisten, dass das OR die Grundlage ist, auf dem der Gesamtarbeitsvertrag basiert, dieser jedoch auch von den Bestimmungen des OR abweichen kann. Aufgrund damit einhergehender juristischer Unklarheiten wurde auf die Änderung verzichtet. Gleichzeitig wurde festgehalten, dass der Gesamtarbeitsvertrag auch mit der aktuellen Formulierung weitergehende nicht-widersprüchliche Bestimmungen gegenüber dem OR enthalten kann.

| Entwurf DI (= Ausgangslage Synopse)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | Änderungen Gesundheitskommission                                         |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------|
| <p><b>Art. 17 Abs. 1, Abs. 2, Abs 3 lit. a), b)</b><br/> <sup>1</sup>Die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeitenden werden nach den Bestimmungen des Obligationenrechts geregelt.</p> <p><sup>2</sup>Die Spitäler Schaffhausen schliessen mit den Verbänden der bei ihnen tätigen Mitarbeitenden einen Gesamtarbeitsvertrag nach Art. 356 ff. Obligationenrecht ab.</p> <p><sup>3</sup>Der Gesamtarbeitsvertrag regelt mindestens:</p> <p>a) (neu) den betrieblichen Geltungsbereich, der sämtliche Betriebe der Spitäler Schaffhausen sowie deren Tochtergesellschaften umfasst, an denen sie die Aktien- und/oder Stimmenmehrheit halten</p> <p>b) (neu) den persönlichen Geltungsbereich, der alle Mitarbeitenden erfasst, mit Ausnahme von CEO, Mitgliedern der Geschäftsleitung, Chefärztinnen und Chefärzte sowie leitenden Ärztinnen und Ärzte</p> | <p><b>Art. 17 Abs. 1, Abs 2, Abs. 3 lit a), b)</b><br/> <i>Keine</i></p> |

In Art. 17 Abs. 3 wurden die Mindestanforderungen an den Gesamtarbeitsvertrag diskutiert. So standen in Art. 17 Abs. 3 lit. c) die Mindestanforderungen an den Teuerungsausgleich zur Diskussion. Eine Kommissionminderheit befand die vorgesehene Bestimmung als zu wenig weitreichend und befürwortete einen kaufkrafterhaltenden Teuerungsausgleich auf das gesamte dem GAV unterstellte Personal. Dabei wurde auch argumentiert, dass eine solche Regelung als Standortfaktor zum Erhalt von qualifiziertem Personal wichtig wäre. Eine andere Kommissionsminderheit sah die Kompetenz der Regelungen bzgl. Teuerungsausgleich und Lohnsystem vollständig bei den Sozialpartnern und erachtete Art. 17 Abs. 3 lit. c) als obsolet. Ebenfalls wurde ausgeführt, dass ein im Gesetz festgeschriebenes Jahresbruttoeinkommen zu unflexibel sei und möglicherweise ungewünschte Gesetzesänderungen nach sich ziehen würde.

**Mit 5 : 1 Stimmen bei 3 Enthaltungen verabschiedeten die Kommissionsmitglieder folgende Änderung:**

| Entwurf DI (= Ausgangslage Synopse)                                                                                                                                                                                                                                                                                  | Änderungen Gesundheitskommission                                                                                                                                                                                                                                                        |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Art. 17 Abs. 3 litera c)</b><br>Der Gesamtarbeitsvertrag regelt mindestens:<br><br>c) (neu) das transparente, marktnahe Lohnsystem mit Lohnbändern und Lohnstufen, wobei der Teuerungsausgleich namentlich für Jahresbruttoeinkommen bis Fr. 100'000.00 so auszugestalten ist, dass die Kaufkraft erhalten bleibt | <b>Art. 17 Abs. 3 litera c)</b><br>Der Gesamtarbeitsvertrag regelt mindestens:<br><br>c) (neu) das transparente, marktnahe Lohnsystem mit Lohnbändern und Lohnstufen, wobei der Teuerungsausgleich <b>für tiefe Einkommen</b> so auszugestalten ist, dass die Kaufkraft erhalten bleibt |

In Art. 17 Abs. 3 lit. d) sind die Mindestanforderungen an den im GAV enthaltenden Kündigungsschutz aufgeführt. Von einem Teil der Kommission wurde, die dem Gesetzesentwurf entsprechende Kündigungsfreiheit kritisiert. Wobei argumentiert wurde, dass für einen umfassenden Kündigungsschutz im GAV sachliche Gründe aufzulisten seien, die zu einer Kündigung führen dürfen, wie dies auch im aktuellen Personalgesetz der Fall ist. Zudem beeinträchtigt eine entsprechende Regelung nicht die in der ursprünglichen Motion 2019/9 geforderte Flexibilisierung des Lohnsystems. Mit der entsprechenden Änderung soll gewährleistet werden, dass eine Kündigung nur aus sachlichem Grund erfolgen darf – mit einer Systematik analog dem öffentlichen Recht; es wurde eingebracht, dass somit die Nicht-Beachtung der durch Art. 17 Abs. 3 lit. d vorgesehenen Gründe (also das Künden ohne sachlichen Grund) zur Missbräuchlichkeit der Kündigung gemäss OR führen würde.

**Die Gesundheitskommission nahm den untenstehenden Änderungsantrag mit 6 : 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen an.**

| Entwurf DI                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | Änderungen Gesundheitskommission                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Art. 17 Abs. 3 litera d), e)</b><br>Der Gesamtarbeitsvertrag regelt mindestens:<br><br>d) (neu) die Beendigung von Arbeitsverhältnissen, insbesondere die Schriftform der Kündigung, die Pflicht zur schriftlichen Begründung der Kündigung durch die Arbeitgeberin sowie die Pflicht zur schriftlichen Begründung der Kündigung durch die Mitarbeitenden auf Verlangen der Arbeitgeberin<br><br>e) (neu) die Kündigungsmodalitäten | <b>Art. 17 Abs. 3 litera d), e)</b><br>Der Gesamtarbeitsvertrag regelt mindestens:<br><br>d) (neu) die Beendigung von Arbeitsverhältnissen, insbesondere die Schriftform der Kündigung, die Pflicht zur schriftlichen und <b>sachlichen</b> Begründung der Kündigung durch die Arbeitgeberin, <b>das Auflisten von sachlichen Kündigungsgründen im Gesamtarbeitsvertrag</b> sowie die Pflicht zur schriftlichen Begründung der Kündigung durch die Mitarbeitenden auf Verlangen der Arbeitgeberin<br><br>e) (neu) die Kündigungsmodalitäten |

In Art. 17 Abs. 4 sind Bestimmungen für den vertragslosen Zustand enthalten. Diese sehen gemäss Vorschlag des DI vor, dass wenn bis nach zwölf Monaten nach Kündigung des GAVs keine Einigung zwischen den Sozialpartnern erzielt wurde, der Regierungsrat die Bestimmungen des GAVs nach Anhörung der Parteien festlegt. Diese Bestimmung wurde kritisch gewürdigt, da aus der Kommission gefordert wurde, den Druck auf die Vertragsparteien stärker zu erhöhen. Zudem wurde eine vom Regierungsrat unabhängige Lösung gefordert. Hierbei wurde erstmals eine Formulierung vorgeschlagen, wobei nach Ablauf der 12-monatigen Frist eine Rückkehr zum kantonalen Personalrecht vorgesehen gewesen wäre. Dieser Vorschlag wurde jedoch verworfen, da eine solche Umstellung zu unverhältnismässigem Aufwand führen würde. Stattdessen hat sich die Kommission auf eine Variante geeinigt, die im geschilderten Falle einen Entscheid durch ein Schiedsgericht vorsieht:

| <b>Entwurf DI (= Ausgangslage Synopse)</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | <b>Änderungen Gesundheitskommission</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><b>Art. 17 Abs. 4</b><br/> <sup>4</sup> Im vertragslosen Zustand gelten die normativen Bestimmungen des gekündigten Gesamtarbeitsvertrages als Inhalt des Einzelarbeitsvertrages weiter bis zum Abschluss eines neuen Gesamtarbeitsvertrags, längstens jedoch für zwölf Monate. Sollte bis nach zwölf Monaten keine Einigung erzielt werden, legt der Regierungsrat die Bestimmungen des GAVs nach Anhörung der Parteien fest.</p> | <p><b>Art. 17 Abs. 4 lit. a), b) c)</b><br/> Im vertragslosen Zustand gelten die normativen Bestimmungen des gekündigten Gesamtarbeitsvertrages als Inhalt des Einzelarbeitsvertrages weiter bis zum Abschluss eines neuen Gesamtarbeitsvertrages, längstens jedoch für zwölf Monate. Sollte bis nach zwölf Monaten keine Einigung erzielt werden, <b>entscheidet ein Schiedsgericht über die streitigen Punkte nach Anhörung der Parteien abschliessend.</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Das Schiedsgericht besteht aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten und zwei Mitgliedern. Die Präsidentin oder der Präsident wird durch das Präsidium des Obergerichtes Schaffhausen eingesetzt. Die am Verfahren auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite beteiligten Vertragsparteien bezeichnen je ein weiteres Mitglied. Geschieht dies nicht innert 10 Tagen, nimmt die Präsidentin oder der Präsident des Schiedsgerichtes die Ernennung selbst vor. Der Sitz des Schiedsgerichts wird von den am Verfahren beteiligten Parteien bestimmt.</li> <li>b) Für das Verfahren gelten, sofern die Parteien im Einzelfall nichts anderes bestimmen, die Bestimmungen der Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO).</li> <li>c) Die Verfahrenskosten werden ohne Rücksicht auf den Ausgang des Verfahrens von den beidseitigen Parteien je zur Hälfte getragen.</li> </ul> |

**Die Änderung wurde einstimmig verabschiedet.**

Die in Art. 18, Art. 28 und Art. 30 enthaltenen Änderungen, insbesondere dass die berufliche Vorsorge der Mitarbeitenden weiterhin durch die Pensionskasse Schaffhausen PKSH sichergestellt werden soll, wurden begrüsst und unverändert belassen.

| Entwurf DI (= Ausgangslage Synopse)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | Änderungen Gesundheitskommission                                                                                                                     |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><b>Art. 18 Abs. 1, Abs. 3</b><br/> <sup>1</sup>Die berufliche Vorsorge der Mitarbeitenden wird grundsätzlich im Rahmen der Pensionskasse Schaffhausen PKSH sichergestellt. Kanton Schaffhausen</p> <p><sup>3</sup>Einkommensteile der Kadermitarbeitenden und der Ärzteschaft, die bei der Pensionskasse Schaffhausen PKSH nicht versicherbar sind, können im Rahmen der bundesrechtlichen Vorgaben anderweitig versichert werden.</p> <p><b>Art. 28 Abs. 1</b><br/> <sup>1</sup>Die Haftung der Betriebsgesellschaft, ihrer Organe und ihrer Mitarbeitenden richtet sich nach dem Haftungsgesetz.</p> <p><b>Art. 30 Abs. 3</b><br/> <sup>3</sup>Auf die Verfahren sind die Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes anwendbar. Für Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit Arbeitsverhältnissen ist die Zivilrechtspflege zuständig.</p> | <p><b>Art. 18 Abs. 1, Abs. 3</b><br/> <i>Keine</i></p> <p><b>Art. 28 Abs. 1</b><br/> <i>Keine</i></p> <p><b>Art. 30 Abs. 3</b><br/> <i>Keine</i></p> |

Zuletzt standen in Art. 33a die Übergangsregelungen für die Überführung der bestehenden Arbeitsverhältnisse zur Diskussion. In Abs. 2 ist gemäss Entwurf des DI eine Lohn-Besitzstandswahrung von drei Jahren vorgesehen. Für die Mitglieder der Gesundheitskommission war unbestritten, dass die Überführung der Arbeitsverhältnisse ins neue Lohnsystem grundsätzlich nicht zu Lohnsenkungen führen sollte. Jedoch befürchtete ein Teil der Kommission vor allem bei bestehenden Arbeitsverhältnissen der unteren Lohnbänder entsprechende Lohnverschlechterungen und forderte einen unbegrenzten Lohn-Besitzstand. In diesem Zusammenhang wurde ebenfalls vorgebracht, dass eine zu hohe Einstufung vor allem bei langjährigen Arbeitsverhältnissen vorkommen könne, wobei eine Lohnsenkung unverhältnismässig wäre, zumal die ordentliche Pensionierung abgewartet werden könne. Gleichzeitig wurde argumentiert, dass durch einen unbegrenzten Lohnbesitzstand verletze den Gleichbehandlungsgrundsatz. Einig war sich die Kommission, dass in den erwartungsgemäss wenigen Fällen einer aktuell zu hohen Einstufung, die Angleichung an den neuen Lohn weitestmöglich ohne nominale Lohnreduktion erfolgen soll. In diesem Sinne wurden zwei verschiedene Anträge gestellt:

| Entwurf DI (= Ausgangs-<br>lage Synopse)                                                                                                                                                      | Antrag 1                                                                                                                                                                                                             | Antrag 2                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Art. 33a Abs. 2</b><br>Übergangsregelungen zur<br>Änderung vom...<br><br><sup>2</sup> Für bestehende Arbeits-<br>verhältnisse gilt ein Lohn-<br>Besitzstand für die Dauer<br>von 3 Jahren. | <b>Art. 33a Abs. 2</b><br>Übergangsregelungen zur<br>Änderung vom...<br><br><sup>2</sup> Für bestehende Arbeitsver-<br>hältnisse gilt ein Lohn-Besitz-<br>stand <del>für die Dauer von 3</del><br><del>Jahren.</del> | <b>Art. 33a Abs. 2,3</b><br>Übergangsregelungen zur<br>Änderung vom...<br><br><sup>2</sup> Für bestehende Arbeitsver-<br>hältnisse gilt ein Lohn-Besitz-<br>stand für die Dauer von 3<br>Jahren.<br><br><sup>3</sup> Die Sozialpartner legen ei-<br>nen Jahresbruttolohn (pro<br>Vollzeitäquivalent) fest. Für<br>Arbeitsverhältnisse mit einem<br>tieferen Jahresbruttolohn de-<br>finieren die Parteien des Ge-<br>samtarbeitsvertrages eine<br>längere Dauer des Lohn-Be-<br>sitzstandes. |

**Mit 7 : 2 Stimmen obsiegte Antrag 2 über Antrag 1.**

**Mit 7 : 2 Stimmen obsiegte Antrag 2 über den ursprünglichen Entwurf des DI.**

### **3. Schlussabstimmung**

Die Gesundheitskommission beantragt dem Kantonsrat mit 8 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung auf die Vorlage einzutreten und den im Anhang beigefügten Gesetzesänderungen zuzustimmen.

Die Gesundheitskommission beantragt dem Kantonsrat mit 9 : 0 Stimmen, die Motion 2019/9 «Mehr Flexibilität in der Lohnpolitik für die Spitäler Schaffhausen» als erledigt abzuschreiben.

Für die Gesundheitskommission:

*Gianluca Looser (Kommissionspräsident)*  
*Pentti Aellig*  
*Leonie Altorfer*  
*Christian Di Ronco*  
*Vanessa Le Donne*  
*Markus Müller*  
*Patrick Portmann*  
*Regula Salathé*  
*Peter Scheck*

Anhang:

- Änderung des Spitalgesetzes

Beilage:

- Synopse zum Spitalgesetz

---

## Änderung des Spitalgesetzes

### Entwurf

Änderung vom [Datum]

---

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (SHR Nummern)

Neu: –  
Geändert: **813.100**  
Aufgehoben: –

---

*Der Kantonsrat Schaffhausen,*

*beschliesst:*

#### I.

Der Erlass SHR [813.100](#) (Spitalgesetz vom 22. November 2004) (Stand 1. Januar 2026) wird wie folgt geändert:

#### **Art. 12 Abs. 1**

<sup>1</sup> Dem Regierungsrat obliegen folgende Aufgaben:

- h) *Aufgehoben.*
- j) *Aufgehoben.*

#### **Art. 14 Abs. 3**

<sup>3</sup> Im Weiteren ist er zuständig für:

- e) (geändert) die Anstellung und Entlassung von CEO, Mitgliedern der Geschäftsleitung sowie Chefärztinnen und Chefarzte
- f) *Aufgehoben.*
- l) (geändert) den Erlass sämtlicher arbeitsrechtlicher Grundlagen sowie den Abschluss bzw. den Erlass eines Gesamtarbeitsvertrages in Verhandlung mit den Sozialpartnern und der Personalkommission
- n) (neu) den Erlass eines Lohnsystems für die dem Gesamtarbeitsvertrag unterstellten Mitarbeitenden auf Basis eines Gesamtarbeitsvertrages

- o) (neu) den Erlass eines Lohnsystems bzw. die Festlegung der Entschädigung für CEO, Mitglieder der Geschäftsleitung sowie Chefärztinnen und Chefarzte

**Titel nach Art. 16** (geändert)

## 2.3 Mitarbeitende

**Art. 17 Abs. 1** (geändert), **Abs. 2** (geändert), **Abs. 3** (geändert), **Abs. 4** (neu)

<sup>1</sup> Die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeitenden werden nach den Bestimmungen des Obligationenrechts<sup>1)</sup> geregelt.

<sup>2</sup> Die Spitäler Schaffhausen schliessen mit den Verbänden der bei ihnen tätigen Mitarbeitenden einen Gesamtarbeitsvertrag nach Art. 356 ff. Obligationenrecht ab.

<sup>3</sup> Der Gesamtarbeitsvertrag regelt mindestens:

- a) (neu) den betrieblichen Geltungsbereich, der sämtliche Betriebe der Spitäler Schaffhausen sowie deren Tochtergesellschaften umfasst, an denen sie die Aktien- und/oder Stimmenmehrheit halten
- b) (neu) den persönlichen Geltungsbereich, der alle Mitarbeitenden erfasst, mit Ausnahme von CEO, Mitgliedern der Geschäftsleitung, Chefärztinnen und Chefarzte sowie leitenden Ärztinnen und Ärzte
- c) (neu) das transparente, marktnahe Lohnsystem mit Lohnbändern und Lohnstufen, wobei der Teuerungsausgleich für tiefe Einkommen so auszugestalten ist, dass die Kaufkraft erhalten bleibt
- d) (neu) die Beendigung von Arbeitsverhältnissen, insbesondere die Schriftform der Kündigung, die Pflicht zur schriftlichen und sachlichen Begründung der Kündigung durch die Arbeitgeberin, das Auflisten von sachlichen Kündigungsgründen im Gesamtarbeitsvertrag sowie die Pflicht zur schriftlichen Begründung der Kündigung durch die Mitarbeitenden auf Verlangen der Arbeitgeberin
- e) (neu) die Kündigungsmodalitäten

---

<sup>1)</sup> SR [220](#).

<sup>4</sup> Im vertragslosen Zustand gelten die normativen Bestimmungen des gekündigten Gesamtarbeitsvertrages als Inhalt des Einzelarbeitsvertrages weiter bis zum Abschluss eines neuen Gesamtarbeitsvertrages, längstens jedoch für zwölf Monate. Sollte bis nach zwölf Monaten keine Einigung erzielt werden, entscheidet ein Schiedsgericht über die streitigen Punkte nach Anhörung der Parteien abschliessend.

- a) Das Schiedsgericht besteht aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten und zwei Mitgliedern. Die Präsidentin oder der Präsident wird durch das Präsidium des Obergerichtes Schaffhausen eingesetzt. Die am Verfahren auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite beteiligten Vertragsparteien bezeichnen je ein weiteres Mitglied. Geschieht dies nicht innert 10 Tagen, nimmt die Präsidentin oder der Präsident des Schiedsgerichtes die Ernennung selbst vor. Der Sitz des Schiedsgerichtes wird von den am Verfahren beteiligten Parteien bestimmt.
- b) Für das Verfahren gelten, sofern die Parteien im Einzelfall nichts anderes bestimmen, die entsprechenden Bestimmungen der Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO)<sup>2)</sup>.
- c) Die Verfahrenskosten werden ohne Rücksicht auf den Ausgang des Verfahrens von den beidseitigen Parteien je zur Hälfte getragen.

**Art. 18 Abs. 1** (geändert), **Abs. 3** (geändert)

<sup>1</sup> Die berufliche Vorsorge der Mitarbeitenden wird grundsätzlich im Rahmen der Pensionskasse Schaffhausen PKS<sup>H</sup> sichergestellt.

<sup>3</sup> Einkommensteile der Kadermitarbeitenden und der Ärzteschaft, die bei der Pensionskasse Schaffhausen PKS<sup>H</sup> nicht versicherbar sind, können im Rahmen der bundesrechtlichen Vorgaben anderweitig versichert werden.

**Art. 28 Abs. 1** (geändert)

<sup>1</sup> Die Haftung der Betriebsgesellschaft, ihrer Organe und ihrer Mitarbeitenden richtet sich nach dem Haftungsgesetz<sup>3)</sup>.

**Art. 30 Abs. 3** (geändert)

<sup>3</sup> Auf die Verfahren sind die Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes<sup>4)</sup> anwendbar. Für Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit Arbeitsverhältnissen ist die Zivilrechtspflege zuständig.

---

<sup>2)</sup> SR [272](#).

<sup>3)</sup> SHR [170.300](#).

<sup>4)</sup> SHR [172.200](#).

**Art. 33a** (neu)

Übergangsregelungen zur Änderung vom ...

<sup>1</sup> Der Regierungsrat legt den Zeitpunkt für die Überführung der bestehenden Arbeitsverhältnisse fest und regelt die weiteren Modalitäten, soweit diese nicht bereits von einem Gesamtarbeitsvertrag bestimmt sind.

<sup>2</sup> Für bestehende Arbeitsverhältnisse gilt ein Lohn-Besitzstand für die Dauer von 3 Jahren.

<sup>3</sup> Die Sozialpartner legen einen Jahresbruttolohn (pro Vollzeitäquivalent) fest. Für Arbeitsverhältnisse mit einem tieferen Jahresbruttolohn definieren die Parteien des Gesamtarbeitsvertrages eine längere Dauer des Lohn-Besitzstandes.

**II.**

*Keine Fremdänderungen.*

**III.**

*Keine Fremdaufhebungen.*

**IV.**

**Referendum**

Dieses Gesetz untersteht dem Referendum.

**Inkrafttreten**

Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten.

**Publikation**

Dieser Beschluss ist im Amtsblatt zu veröffentlichen und in die kantonale Gesetzessammlung aufzunehmen.

Schaffhausen, ...

Im Namen des Kantonsrates

Der Präsident:  
Christian Di Ronco

Der Sekretär:  
Luzian Kohlberg



Synopse

Änderung des Spitalgesetzes

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (SHR Nummern)

Neu: –  
Geändert: 813.100  
Aufgehoben: –

| Ausgangslage                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | Änderung des Spitalgesetzes                                                                                                 |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | Entwurf                                                                                                                     |
|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | Der Kantonsrat Schaffhausen,<br><br>beschliesst:                                                                            |
|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | I.                                                                                                                          |
|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | Der Erlass SHR <a href="#">813.100</a> (Spitalgesetz vom 22. November 2004) (Stand 1. Januar 2026) wird wie folgt geändert: |
| <b>Art. 12</b><br>Regierungsrat<br><br><sup>1</sup> Dem Regierungsrat obliegen folgende Aufgaben:<br><br>a) Berichterstattung und Antragstellung an den Kantonsrat in den in dessen Zuständigkeit fallenden Belangen gemäss Art. 11 Abs. 1<br><br>b) Wahl und Entlassung des Präsidenten bzw. der Präsidentin und der weiteren Mitglieder des Spitalrates auf Antrag der zuständigen Kommission<br><br>c) Festlegung der Entschädigung der Mitglieder des Spitalrates<br><br>d) Wahl der Revisionsstelle<br><br>e) Genehmigung der Rahmen- und Jahreskontrakte gemäss Art. 9 dieses Gesetzes |                                                                                                                             |

| Ausgangslage                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        | Änderung des Spitalgesetzes                               |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------|
| <p>f) Genehmigung von Tarifverträgen bzw. Tariffestsetzung im Rahmen der obligatorischen Krankenversicherung</p> <p>g) Abschluss von Vereinbarungen mit ausserkantonalen Hoheitsträgern über die Zuweisung von Patientinnen und Patienten</p> <p>h) Genehmigung des Personalreglementes sowie allfälliger Gesamtarbeitsverträge</p> <p>i) Genehmigung von Kooperationen und Beteiligungen im Sinne von Art. 10 lit. a und lit. c dieses Gesetzes</p> <p>j) Erlass von Rahmenvorgaben für die Besoldung des vom Spitalrat angestellten Kaderpersonals sowie für die Honorierung der Ärzteschaft</p> <p>k) Abschluss von Baurechtsverträgen für Liegenschaften, die den Spitälern übertragen werden</p> <p><sup>2</sup> Der Regierungsrat bezeichnet das Departement, das die Geschäfte gemäss Abs. 1 vorbereitet, die erforderlichen direkten Kontakte zu den Spitälern Schaffhausen pflegt und die Umsetzung der Rahmen- und Jahreskontrakte in Bezug auf die Leistungen, die Qualität und die Wirtschaftlichkeit kontrolliert.</p> | <p>h) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>j) <i>Aufgehoben.</i></p> |
| <p><b>Art. 14</b><br/>Funktion und Aufgaben des Spitalrates</p> <p><sup>1</sup> Der Spitalrat ist das oberste Führungsorgan der Spitäler Schaffhausen.</p> <p><sup>2</sup> Er ist verantwortlich für den Abschluss der Rahmen- und Jahreskontrakte mit dem Kanton und für die Erfüllung der darin vereinbarten staatlichen Leistungsaufträge.</p> <p><sup>3</sup> Im Weiteren ist er zuständig für:</p> <p>a) den Antrag zum Budget und zu weiteren Staatsleistungen an den Regierungsrat</p> <p>b) die Verabschiedung von Geschäftsbericht und Rechnung zuhanden des Regierungsrates</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |                                                           |

| Ausgangslage                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | Änderung des Spitalgesetzes                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>c) die periodische Berichterstattung über die Erfüllung des staatlichen Leistungsauftrages und die Verwendung der Mittel (Reporting) gegenüber dem zuständigen Departement</p> <p>d) die Festlegung der Organisation</p> <p>e) die Ernennung und Abberufung der mit der Geschäftsführung betrauten Personen</p> <p>f) die Ernennung und Abberufung der Bereichsleitungen, die der Spital- bzw. Geschäftsleitung direkt unterstellt sind</p> <p>g) die Aufsicht über die mit der Geschäftsprüfung betrauten Personen, namentlich im Hinblick auf die Befolgung der Gesetze, Reglemente und Weisungen</p> <p>h) die Ausgestaltung des Rechnungswesens im Rahmen der Vorgaben gemäss Art. 22 sowie des internen Controllings und der Finanzplanung</p> <p>i) die Festlegung der Geschäftstätigkeiten im Bereich der weiteren Aufgaben gemäss Art. 8 Abs. 4 dieses Gesetzes</p> <p>j) den Erlass einer Tarifordnung und den Abschluss von Tarifverträgen</p> <p>k) die Erstellung des Entwicklungs- und Finanzplans</p> <p>l) die Antragstellung an den Regierungsrat zum Erlass des Personalreglementes und zum Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen sowie zum Erlass der Rahmenvorgaben für die Besoldung und Honorierung von Kaderpersonal und Ärzteschaft</p> <p>m) die Aufnahme von Krediten zur Finanzierung von Betrieb und Investitionen, soweit die Summe der langfristigen Verbindlichkeiten das Doppelte des Eigenkapitals nicht übersteigt</p> | <p>e) die <del>Ernennung</del><u>Anstellung</u> und Abberufung der mit <del>Entlassung von CEO, Mitgliedern der Geschäftsführung betrauten Personen</del><u>Geschäftsleitung sowie Chefärztinnen und Chefarzte</u></p> <p>f) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>l) <del>die Antragstellung an den Regierungsrat zum Erlass des Personalreglementes und zum sämtlicher arbeitsrechtlicher Grundlagen sowie den Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen sowie zum bzw. den Erlass der Rahmenvorgaben für die Besoldung und Honorierung von Kaderpersonal eines Gesamtarbeitsvertrages in Verhandlung mit den Sozialpartnern und Ärzteschaft</del><u>der Personalkommission</u></p> |

| Ausgangslage                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | Änderung des Spitalgesetzes                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><sup>4</sup> Im Weiteren gelten für die Aufgaben des Spitalrates die Bestimmungen von Art. 707 ff. des Obligationenrechts sinngemäss.</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | <p>n) den Erlass eines Lohnsystems für die dem Gesamtarbeitsvertrag unterstellten Mitarbeitenden auf Basis eines Gesamtarbeitsvertrages</p> <p>o) den Erlass eines Lohnsystems bzw. die Festlegung der Entschädigung für CEO, Mitglieder der Geschäftsleitung sowie Chefärztinnen und Chefärzte</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |
| 2.3 Personal                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | 2.3 Personal <u>Mitarbeitende</u>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |
| <p><b>Art. 17</b><br/>Arbeitsverhältnisse</p> <p><sup>1</sup> Die Arbeitsverhältnisse der vom Spitalrat angestellten Ärzteschaft werden nach den Bestimmungen des Obligationenrechts geregelt.</p> <p><sup>2</sup> Für das übrige Personal gelten die Bestimmungen des kantonalen Personalrechts.</p> <p><sup>3</sup> Das Personalreglement kann von den ordentlichen Bestimmungen des kantonalen Personalrechts abweichen, soweit dies aus betrieblichen Gründen erforderlich ist.</p> | <p><sup>1</sup> Die Arbeitsverhältnisse der <del>vom Spitalrat angestellten Ärzteschaft</del> <u>Mitarbeitenden</u> werden nach den Bestimmungen des Obligationenrechts[SR <a href="#">220.</a>] geregelt.</p> <p><sup>2</sup> <del>Für das übrige Personal gelten die Bestimmungen des kantonalen Personalrechts.</del> <u>Die Spitäler Schaffhausen schliessen mit den Verbänden der bei ihnen tätigen Mitarbeitenden einen Gesamtarbeitsvertrag nach Art. 356 ff. Obligationenrecht ab.</u></p> <p><sup>3</sup> <del>Das Personalreglement kann von den ordentlichen Bestimmungen des kantonalen Personalrechts abweichen, soweit dies aus betrieblichen Gründen erforderlich ist.</del> <u>Der Gesamtarbeitsvertrag regelt mindestens:</u></p> <p>a) den betrieblichen Geltungsbereich, der sämtliche Betriebe der Spitäler Schaffhausen sowie deren Tochtergesellschaften umfasst, an denen sie die Aktien- und/oder Stimmenmehrheit halten</p> <p>b) den persönlichen Geltungsbereich, der alle Mitarbeitenden erfasst, mit Ausnahme von CEO, Mitgliedern der Geschäftsleitung, Chefärztinnen und Chefärzte sowie leitenden Ärztinnen und Ärzte</p> <p>c) das transparente, marktnahe Lohnsystem mit Lohnbändern und Lohnstufen, wobei der Teuerungsausgleich für tiefe Einkommen so auszugestalten ist, dass die Kaufkraft erhalten bleibt</p> |

| Ausgangslage                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | Änderung des Spitalgesetzes                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | <p>d) die Beendigung von Arbeitsverhältnissen, insbesondere die Schriftform der Kündigung, die Pflicht zur schriftlichen und sachlichen Begründung der Kündigung durch die Arbeitgeberin, das Auflisten von sachlichen Kündigungsgründen im Gesamtarbeitsvertrag sowie die Pflicht zur schriftlichen Begründung der Kündigung durch die Mitarbeitenden auf Verlangen der Arbeitgeberin</p> <p>e) die Kündigungsmodalitäten</p> <p><sup>4</sup> Im vertragslosen Zustand gelten die normativen Bestimmungen des gekündigten Gesamtarbeitsvertrages als Inhalt des Einzelarbeitsvertrages weiter bis zum Abschluss eines neuen Gesamtarbeitsvertrages, längstens jedoch für zwölf Monate. Sollte bis nach zwölf Monaten keine Einigung erzielt werden, entscheidet ein Schiedsgericht über die streitigen Punkte nach Anhörung der Parteien abschliessend.</p> <p>a) Das Schiedsgericht besteht aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten und zwei Mitgliedern. Die Präsidentin oder der Präsident wird durch das Präsidium des Obergerichtes Schaffhausen eingesetzt. Die am Verfahren auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite beteiligten Vertragsparteien bezeichnen je ein weiteres Mitglied. Geschieht dies nicht innert 10 Tagen, nimmt die Präsidentin oder der Präsident des Schiedsgerichtes die Ernennung selbst vor. Der Sitz des Schiedsgerichtes wird von den am Verfahren beteiligten Parteien bestimmt.</p> <p>b) Für das Verfahren gelten, sofern die Parteien im Einzelfall nichts anderes bestimmen, die entsprechenden Bestimmungen der Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO)[SR <a href="#">272</a>].</p> <p>c) Die Verfahrenskosten werden ohne Rücksicht auf den Ausgang des Verfahrens von den beidseitigen Parteien je zur Hälfte getragen.</p> |
| <p><b>Art. 18</b><br/>Berufliche Vorsorge</p> <p><sup>1</sup> Die berufliche Vorsorge des Personals wird grundsätzlich im Rahmen der Pensionskasse Schaffhausen PKSH sichergestellt.</p> <p><sup>2</sup> Bei Ärztinnen und Ärzten mit befristeter oder teilzeitlicher Anstellung kann die Vorsorge anderweitig gesichert werden.</p> | <p><sup>1</sup> Die berufliche Vorsorge <del>des Personals</del><u>der Mitarbeitenden</u> wird grundsätzlich im Rahmen der Pensionskasse Schaffhausen PKSH sichergestellt.</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |

| Ausgangslage                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | Änderung des Spitalgesetzes                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><sup>3</sup> Einkommensteile des vom Spitalrat angestellten Kaderpersonals und der Ärzteschaft, die bei der Pensionskasse Schaffhausen PKSH nicht versicherbar sind, können im Rahmen der bundesrechtlichen Vorgaben anderweitig versichert werden.</p>                                                                                                                                                                                                                                                     | <p><sup>3</sup> Einkommensteile <del>des vom Spitalrat angestellten Kaderpersonals</del><u>der Kadermitarbeitenden</u> und der Ärzteschaft, die bei der Pensionskasse Schaffhausen PKSH nicht versicherbar sind, können im Rahmen der bundesrechtlichen Vorgaben anderweitig versichert werden.</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |
| <p><b>Art. 28</b><br/>Haftung</p> <p><sup>1</sup> Die Haftung der Betriebsgesellschaft, ihrer Organe und ihres Personals richtet sich nach dem Haftungsgesetz[SHR <a href="#">170.300.</a>].</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                               | <p><sup>1</sup> Die Haftung der Betriebsgesellschaft, ihrer Organe und <del>ihrer Personals</del><u>ihrer Mitarbeitenden</u> richtet sich nach dem Haftungsgesetz[SHR <a href="#">170.300.</a>].</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             |
| <p><b>Art. 30</b><br/>Rechtspflege</p> <p><sup>1</sup> Verfügungen der Spital- bzw. Geschäftsleitung können mit Rekurs beim Spitalrat angefochten werden.</p> <p><sup>2</sup> Beschlüsse und Rekursentscheide des Spitalrates können mit Beschwerde beim Obergericht als Verwaltungsgericht angefochten werden. Rekurse an den Regierungsrat sind ausgeschlossen.</p> <p><sup>3</sup> Auf die Verfahren sind die Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes[SHR <a href="#">172.200.</a>] anwendbar.</p> | <p><sup>3</sup> Auf die Verfahren sind die Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes[SHR <a href="#">172.200.</a>] anwendbar. <u>Für Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit Arbeitsverhältnissen ist die Zivilrechtspflege zuständig.</u></p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | <p><b>Art. 33a</b><br/>Übergangsregelungen zur Änderung vom ...</p> <p><sup>1</sup> Der Regierungsrat legt den Zeitpunkt für die Überführung der bestehenden Arbeitsverhältnisse fest und regelt die weiteren Modalitäten, soweit diese nicht bereits von einem Gesamtarbeitsvertrag bestimmt sind.</p> <p><sup>2</sup> Für bestehende Arbeitsverhältnisse gilt ein Lohn-Besitzstand für die Dauer von 3 Jahren.</p> <p><sup>3</sup> Die Sozialpartner legen einen Jahresbruttolohn (pro Vollzeitäquivalent) fest. Für Arbeitsverhältnisse mit einem tieferen Jahresbruttolohn definieren die Parteien des Gesamtarbeitsvertrages eine längere Dauer des Lohn-Besitzstandes.</p> |

| Ausgangslage | Änderung des Spitalgesetzes                                                                                                                                                                                                                                                           |
|--------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|              | <b>II.</b>                                                                                                                                                                                                                                                                            |
|              | <i>Keine Fremdänderungen.</i>                                                                                                                                                                                                                                                         |
|              | <b>III.</b>                                                                                                                                                                                                                                                                           |
|              | <i>Keine Fremdaufhebungen.</i>                                                                                                                                                                                                                                                        |
|              | <b>IV.</b>                                                                                                                                                                                                                                                                            |
|              | <b>Referendum</b><br>Dieses Gesetz untersteht dem Referendum.<br><br><b>Inkrafttreten</b><br>Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten.<br><br><b>Publikation</b><br>Dieser Beschluss ist im Amtsblatt zu veröffentlichen und in die kantonale Gesetz-<br>zessammlung aufzunehmen. |
|              | Schaffhausen, ...<br><br>Im Namen des Kantonsrates<br><br>Der Präsident:<br>Christian Di Ronco<br><br>Der Sekretär:<br>Luzian Kohlberg                                                                                                                                                |